

# Ausgewählte Ergebnisse der Hamburg Sustainability Conference (HSC) 2024

## Inhalt

Hamburg Declaration on the Decarbonisation of Global Shipping: Aufbau klimaneutraler Schifffahrtskorridore .....	2
Hamburg Sustainability Platform: Private Investitionen in nachhaltige Entwicklung hebeln..	2
Hamburg Declaration on Green Aviation: Nachhaltige Luftfahrt.....	3
Nachhaltig produzierte Batterien: Erste Regierungen treten der „Global Battery Alliance“ bei .....	4
Markthochlauf von grünem Wasserstoff: BMZ unterstützt über den PtX-Entwicklungsfonds Umstellung der Ammoniakproduktion in Ägypten .....	5
Kamerun tritt Waldschutzpartnerschaft bei .....	6
UN-Entwicklungsprogramm UNDP und BMZ stellen Prinzipien vor: Künstliche Intelligenz für nachhaltige Entwicklung nutzen .....	6
Unterstützerbündnis für eine globale Milliardensteuer .....	7
Internationaler Aufruf für mehr Mitbestimmung bei der sozial gerechten Klimatransformation .....	7
Deutschland tritt Globaler Allianz gegen Hunger und Armut bei .....	8
Mehr Mittel für globale Krisen: Deutschland unterzeichnet Vertrag zu Hybridkapital mit der Weltbank .....	8
Effizientere und engere Zusammenarbeit vereinbart: Weltbank und KfW unterzeichnen Ko-Finanzierungsabkommen.....	9
Internationale Finanzarchitektur zukunftsfit und fairer machen .....	9

## Hamburg Declaration on the Decarbonisation of Global Shipping: Aufbau klimaneutraler Schifffahrtskorridore

Die globale Schifffahrt stößt mehr Klimagase aus als ganz Deutschland – und sie wird weiterwachsen. Es ist also wichtig, an klimaneutralen Schifffahrtsrouten zu arbeiten – mit dem Hamburger Hafen als bedeutendem Teil der Lösung.

Dafür sind Investitionen und Zusammenarbeit entlang der gesamten Wertschöpfungskette von vielen unterschiedlichen Akteuren notwendig. Die Hamburger Nachhaltigkeitskonferenz HSC hat erstmals entscheidende Akteure für eine nachhaltige Schifffahrts-Wertschöpfungskette zusammengebracht: Hafenbehörden, Reedereien, Treibstoffproduzenten, Treibstofftransporteure und Regierungen. Denn es gibt viele Schnittstellen zu besprechen: Beispielsweise können Reedereien nur erneuerbare Treibstoffe nutzen, wenn sie im Hafen angeboten werden. Und es braucht verlässliche Abnehmer für diese Kraftstoffe, damit Investoren sie produzieren. Ziel sind nachhaltige Schifffahrtskorridore, auf denen es möglich ist, klimaneutral zu fahren.

Mit der „Hamburg Declaration on the Decarbonisation of Global Shipping“ haben sich 13 Unternehmen darauf verständigt, bei der Entwicklung nachhaltiger Schifffahrtskorridore, Forschung und Entwicklung, Wissensaustausch und der Finanzierung von Investitionen zusammenzuarbeiten. Vier Staaten – neben Deutschland auch Brasilien, Dänemark und Marokko – unterstützen die Initiative.

Unterzeichnende Unternehmen:

- CMA CGM Germany
- Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA)
- MSC Mediterranean Shipping Company
- Hapag-Lloyd AG
- International Association of Ports and Harbors (IAPH)
- Port of Los Angeles
- Tanger Med Special Agency
- Port of Antwerp-Bruges
- Port of Barcelona
- Hamburg Port Authority
- Port of Yokohama
- Mabanaf
- Höegh Autoliners

## Hamburg Sustainability Platform: Private Investitionen in nachhaltige Entwicklung hebeln

Bei der HSC hat sich eine neue Allianz gebildet aus Regierungen auf der einen und einer Versicherung und einem Pensionsfonds auf der anderen Seite. Denn Versicherungen, Pensionsfonds und andere Großanleger verfügen über enorme Summen, die sie investieren

wollen. Zugleich gibt es gerade in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas viele Investitionsmöglichkeiten, die nicht genutzt werden. Dort fehlt oft das Geld für nachhaltige Entwicklung, zum Beispiel für Windparks, Solaranlagen, Wasserstoffproduktion, Infrastruktur, Naturschutz und Unternehmertum.

Das Problem ist bislang, dass diese Art von Investition nur etwas für Mutige ist. Wer in weit entfernten Ländern investieren will, muss sich oft selbst den Weg durch das Dickicht schlagen. Das schreckt viele ab. Wenn aber die Welt insgesamt nachhaltiger werden soll, muss aus der Investition für wenige Mutige eine Investitionschance für viele werden.

Die in Hamburg vereinbarte Lösung ist, gemeinsam einen Pfad durch das Dickicht zu ebnen: Die öffentlichen Partner – das deutsche Entwicklungsministerium, aber auch die Mitstreiter aus Kanada, Großbritannien, Südafrika, Dänemark und Frankreich – wollen sich auf ein standardisiertes Vorgehen einigen, wie sie mit öffentlichem Geld Risiken abfedern können für Investitionen in nachhaltige Entwicklung. Die privaten Partner – Stand heute die Allianz-Versicherung und der kanadische Pensionsfonds CDPQ – machen mit, damit dieser Pfad später auch für sie und viele andere Anleger gangbar wird. Die OECD ist beratendes Mitglied der Initiative.

Das Ziel ist, mit begrenzten öffentlichen Mitteln ein Vielfaches an privaten Investitionen in nachhaltige Entwicklung zu hebeln – und zwar in Milliardenhöhe. Das ist einer der neuen Wege der Entwicklungsfinanzierung, die dazu beitragen sollen, große Geldsummen in nachhaltige Bahnen zu lenken.

### Hamburg Declaration on Green Aviation: Nachhaltige Luftfahrt

Die Luftfahrt bringt die Welt enger zusammen. Allerdings trägt sie auch erheblich zum Klimawandel bei. Darum sucht die Welt nach technischen Lösungen für eine nachhaltigere Luftfahrt. Das gelingt nur mit internationaler Zusammenarbeit.

Die Hamburg Sustainability Conference hat die Beteiligten einer neuen Wertschöpfungskette für nachhaltige, erneuerbare Kraftstoffe für die Luftfahrt zusammengebracht: vom Treibstoffhersteller über Flughafenbetreiber bis zu Politik und Wissenschaft. Gemeinsames Ziel ist, Hubs für eine klimaneutrale Luftfahrt aufzubauen. Diese „Green Aviation Hubs“ sind zentrale Orte zur Produktion, zum Transport, zur Betankung und zur Nutzung erneuerbarer Treibstoffe in der Luftfahrt.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der „Hamburg Declaration on Green Aviation“ - Flughafen, Logistikunternehmen, Kraftstoffproduzenten etc. - vereinbaren, zur Entwicklung dieser Luftfahrthubs in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Wissensaustausch und der Finanzierung von Investitionen zusammenzuarbeiten, erneuerbare Kraftstoffe zu entwickeln, zu produzieren und die Anlagen technisch auf die neuen Kraftstoffe anzupassen.

Für die Unterzeichner bedeutet dies vor allem auch eine Chance zur Teilhabe an einer neuen Wertschöpfungskette und die Möglichkeit, sich als Vorreiter fit für die anstehenden Herausforderungen zu machen.

Unterzeichnende:

- Deutsche Post AG
- SASOL (Südafrika)
- aireg e.V.
- Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) e.V.
- Griesemann Gruppe
- HH2E AG
- Flughafen Hamburg GmbH
- HIF EMEA GmbH
- Mabanafit GmbH & Co. KG
- Sunfire GmbH
- Zaffra B.V
- BMZ

### Nachhaltig produzierte Batterien: Erste Regierungen treten der „Global Battery Alliance“ bei

Ohne Batterien fährt kein Elektroauto, klingelt kein Smartphone, funktioniert keine Energiewende. Jedoch steht die Batterielieferkette vor Herausforderungen wie mangelnder Transparenz, schlechten Arbeitsbedingungen, hohem Wasserverbrauch und anderen negativen Umweltauswirkungen vor allem durch den Rohstoffabbau. Vielerorts protestieren die Menschen gegen den Rohstoffabbau. Das unterstreicht, dass Transparenz, Bürger\*innenbeteiligung und Umweltstandards wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung von Batterie-Rohstoffprojekten sind.

Die Global Battery Alliance (GBA) arbeitet an globalen Standards für nachhaltige und verantwortungsvolle Batteriewertschöpfungsketten von der Rohstoffgewinnung, über die Verarbeitung, Fertigung und Nutzung bis zum Recycling von Batterien. Bislang sind vor allem Industrieunternehmen an der Allianz beteiligt. Staatliche Akteure sind in der Allianz jedoch bislang unterrepräsentiert – das gilt insbesondere für rohstoffreiche Staaten, die häufig in besonderem Maße von den negativen Auswirkungen des globalen Batteriehungers betroffen sind.

Auf der HSC sind nun das deutsche Entwicklungsministerium BMZ und das serbische Wirtschaftsministerium als erste Vertreter von Nationalregierungen beigetreten, auch Sambia hat seinen Beitritt angekündigt.

## Markthochlauf von grünem Wasserstoff: BMZ unterstützt über den PtX-Entwicklungsfonds Umstellung der Ammoniakproduktion in Ägypten

Grüner Wasserstoff ist ein entscheidender Baustein für eine Versorgung mit nachhaltigen Grundstoffen und Energie. Der Aufbau einer Wasserstoffproduktion auf Basis erneuerbarer Energien ist gut für die Menschen in Produktionsländern, weil sie zur lokalen Energieversorgung beiträgt und Wertschöpfungsketten mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen schafft. Er ist gut für den Rest der Welt, weil CO<sub>2</sub> eingespart wird. Und er ist gut für die deutsche Industrie, die den grünen Wasserstoff braucht, um die Energiewende zu schaffen, und weil deutsche Anlagenbauer Exportmöglichkeiten für ihre Wasserstoff-Technologien bekommen und dadurch auch Arbeitsplätze in Deutschland sichern.

Deswegen stellt das BMZ über den PtX-Entwicklungsfonds Finanzierungen für Wasserstoff-Vorhaben in Ländern des Globalen Süden bereit. Der Fonds zielt dabei darauf ab, dass die neue grüne Wasserstoffwirtschaft gerechter wird als die alte fossile Wirtschaft. Das bedeutet: Von den Wertschöpfungsketten der Zukunft müssen auch die Länder profitieren, die bisher weniger Energie verbraucht und damit auch weniger zum Klimawandel beigetragen haben. Der Entwicklungsfonds fördert nicht nur die Produktion, sondern auch eine Wertschöpfungskette vor Ort.

Auf der HSC konnte nun die erste Kooperation im Beisein von Svenja Schulze, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Rania Al-Mashat, ägyptische Ministerin für Planung, wirtschaftliche Entwicklung und internationale Zusammenarbeit und Karim Badawi, Minister für Erdöl und mineralische Rohstoffe, unterzeichnet werden. Egypt Green Hydrogen (EGH) investiert insgesamt rund 500 Millionen Euro für die Erzeugung von grünem Wasserstoff in der Suez Canal Economic Zone, der größten Industrieansiedlung Ägyptens. Dafür erhält das Unternehmen einen Zuschuss über 30 Millionen Euro aus dem PtX-Fonds. EGH wird für den Wasserstoff Wind- und Solarstrom aus neu gebauten Anlagen (270 Megawatt) nutzen. Im nächsten Schritt wird dieser in grünen Ammoniak verarbeitet – ein unverzichtbarer Grundstoff in der chemischen Industrie und für Düngemittel. Das Unternehmen will ab 2028 bis zu 70.000 Tonnen grünen Ammoniak jährlich erzeugen und über den gesamten Lebenszyklus mit dem Projekt über drei Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen.

Das grüne Ammoniak wird internationalen Normen entsprechen und auch für den EU-Markt zugelassen sein. Es kann dann zu Düngemittel weiterverarbeitet werden. Damit leistet die Kooperation einen Beitrag zur Energiewende, Ernährungssicherung und Energieunabhängigkeit Ägyptens. Denn bisher wird Düngemittel vorwiegend aus Erdgas und Kohle hergestellt und kommt häufig aus Belarus und Russland.

## Kamerun tritt Waldschutzpartnerschaft bei

Der Kongobeckenwald ist der zweitgrößte Regenwald der Erde, ein einzigartiger Biodiversitätshotspot, und er beherbergt die weltgrößten Torfmoore, die gigantische Kohlenstoffspeicher darstellen. Mehr als 100 Millionen Menschen leben im und vom Kongobeckenwald. Zudem trägt er wesentlich zu Regenfällen in Afrika bei, die auch den Nil speisen. Er ist daher von großer Bedeutung für die Menschen in Afrika, aber auch die Menschen in Deutschland und der ganzen Welt. Doch die Wälder des Kongobeckens verschwinden rasant.

Dagegen setzt sich die Zentralafrikanische Waldinitiative CAFI ein. Seit 2015 arbeiten mehrere zentralafrikanische Länder (darunter die Demokratische Republik Kongo, die Republik Kongo und Gabun) gemeinsam mit Deutschland und weiteren Unterstützern wie Großbritannien und Norwegen an der Bekämpfung der Entwaldung im Kongobecken.

Kamerun ist der Initiative nun beigetreten. Auf der HSC besiegelten der Wirtschaftsminister der Republik Kamerun Alamine Ousmane Mey und, im Namen der CAFI, Bundesministerin Svenja Schulze die neue Waldschutzpartnerschaft mit Kamerun. Die Partnerschaft soll bis 2035 den Waldverlust und die Bodendegradation in Kamerun aufhalten und umkehren. Verschwindende Waldflächen sollen durch natürliche Regeneration, Aufforstung und Agroforstwirtschaft ausgeglichen und entwässerte Gebiete renaturiert werden. Feuchtgebiete und Torfmoore sollen in ihrer Funktion erhalten bleiben.

## UN-Entwicklungsprogramm UNDP und BMZ stellen Prinzipien vor: Künstliche Intelligenz für nachhaltige Entwicklung nutzen

Lernen in ländlichen Gebieten, ärztliche Versorgung in der Wüste, Wissenstransfer in alle Sprachen der Welt, intelligente Verkehrsleitsysteme – künstliche Intelligenz (KI) revolutioniert die Welt und der Zugang zu digitalen Schlüsseltechnologien muss gerecht sein auch für die Länder des Globalen Südens.

Dafür haben das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und das BMZ Prinzipien für künstliche Intelligenz und nachhaltige Entwicklung auf der HSC vorgestellt. Sie legen den Grundstein für einen verantwortungsvollen Einsatz künstlicher Intelligenz zur Förderung nachhaltiger Entwicklung. KI soll so genutzt werden, dass sie nachhaltige Entwicklung weltweit beschleunigt, dass Menschen im Globalen Süden gleichberechtigten Zugang zu digitalen Technologien erhalten und sie mitgestalten können.

Die HSC hat dafür Regierungen, internationale Organisationen, Tech-Unternehmen und Zivilgesellschaft aus verschiedenen Weltregionen zusammengebracht. Ziel ist es, ein gemeinsames Verständnis und Standards für die Nutzung von KI für die nachhaltige Entwicklung zu entwickeln. Vorbereitet wird eine „Hamburg Declaration on Responsible AI for the SDGs“ für die HSC 2025.

Im ersten Schritt stellten UNDP und BMZ dafür gemeinsame Prinzipien und ein „AI for SDGs Compendium“ vor. Das Compendium ist ein globales KI-Register für nachhaltige

Entwicklung und bietet eine Übersicht über bestehende Initiativen, die durch den Einsatz von KI nachhaltige Entwicklung in Ländern des Globalen Südens fördern, vernetzt sie und schafft so Synergien. Für die nächsten Schritte sollen Gipfeltreffen wie der AI Action Summit in Paris (Februar 2025) und der Global AI Summit in Kigali (April 2025) genutzt werden.

### Unterstützerbündnis für eine globale Milliardärssteuer

Eine globale Milliardärssteuer wäre ein großer Fortschritt für Gerechtigkeit und Entwicklung weltweit. Denn sie bekämpft Ungleichheit und sorgt dafür, dass Milliardäre ihren Anteil an der Finanzierung des Gemeinwohls leisten. Die HSC hat ein Forum geboten, diese Debatte mit Partnern wie der Afrikanischen Union und Barbados voranzutreiben, und die Allianz für eine globale Mindeststeuer für Milliardäre zu verbreitern.

Das Vermögen ist weltweit extrem ungleich verteilt. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung – dazu gehören mehrheitlich Männer – besitzt 38 Prozent des gesamten Vermögens. Die ärmere Hälfte hingegen besitzt nur 2 Prozent. Hohe Ungleichheit aber schadet Gesellschaften, denn sie entfacht Verteilungskonflikte, untergräbt die Demokratie und hemmt wirtschaftlichen Fortschritt.

Eine Ursache für die hohe Vermögensungleichheit sind ungerechte Steuersysteme, die eine durchschnittliche Arbeitnehmerin prozentual häufig stärker zur Kasse bitten als einen Milliardär. Denn Kapitaleinkünfte werden geringer besteuert als Arbeitseinkommen. Milliardäre verfügen außerdem über zahlreiche Wege, Steuern zu vermeiden.

Deshalb hat Brasilien im Rahmen seiner G20-Präsidentschaft einen Vorschlag für eine globale Vereinbarung über die Mindestbesteuerung von Milliardären auf die Agenda gesetzt. Der Vorschlag sieht vor, dass Milliardäre weltweit jährlich mindestens 2 Prozent ihres Vermögens an Steuern zahlen. Leisten sie diesen Beitrag für das Gemeinwohl bereits über die Einkommenssteuer, gilt auch die sogenannte Milliardärssteuer als abgegolten. Globale Vereinbarungen über steuerpolitische Mindeststandards benötigen Allianzen und einen inklusiven Dialog, in dem die Interessen aller gehört werden. Damit Milliardäre ihr Vermögen nicht einfach verschieben können, muss eine kritische Masse an Ländern die Steuer anwenden.

### Internationaler Aufruf für mehr Mitbestimmung bei der sozial gerechten Klimatransformation

Die Welt befindet sich mitten im Übergang weg von fossilen hin zu erneuerbaren Energien. Dieser Übergang gelingt besser, wenn er sozial gerecht gestaltet wird. Der Strukturwandel betrifft neben dem Energie- und Verkehrssektor auch Beschäftigte in der Landwirtschaft oder in der boomenden IT-Branche. Sie alle brauchen Institutionen und Verbände, die sich für ihre Rechte einsetzen.

Auf Initiative des BMZ und des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) haben sich deswegen auf der HSC die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und Vertreter der internationalen Sozialpartner - also Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Regierungen - zu einer Allianz zusammengeschlossen und einen Aufruf zu Mitsprache für fairen Strukturwandel gestartet. Gemeinsam wird die Allianz zukünftig dabei unterstützen, dass Klimaschutz und Strukturwandel schnell und sozial gerecht gestaltet werden.

Der Aufruf zielt Richtung Weltklimakonferenz COP 29, die im November in Baku stattfinden wird. Dort wird es unter anderem darum gehen, dass alle Staaten aufgefordert sind, ihre nationalen Klimaschutzpläne (NDCs) zu aktualisieren. Die Allianz setzt sich dafür ein, dass Regierungen insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie Bürgerinnen und Bürger beteiligen, wenn sie die Pläne ausarbeiten.

#### Deutschland tritt Globaler Allianz gegen Hunger und Armut bei

Deutschland tritt der von der brasilianischen G20-Präsidentschaft initiierten Globalen Allianz gegen Hunger und Armut bei. Das erklärte die Bundesregierung im Rahmen der Hamburg Sustainability Conference gegenüber der brasilianischen Regierung. Mit diesem Schritt bringt Deutschland zwei zentrale Politikansätze in die Allianz ein, sowohl im eigenen Land als auch gemeinsam mit Partnerländern: die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft und die Stärkung sozialer Sicherungssysteme wie den Mindestlohn. Damit übergibt Deutschland auch das von Entwicklungsministerin Svenja Schulze vor zwei Jahren als G7-Vorsitz gegründete Bündnis für globale Ernährungssicherheit an Brasilien und die Weltbank. Zu den Ergebnissen dieser Arbeit zählen Vorsorgepläne und Koordinierungs-Tools für zahlreiche Länder auf der ganzen Welt, die mit der Weltbank gemeinsam erarbeitet wurden und die künftige Hungerschocks vermeiden sollen.

#### Mehr Mittel für globale Krisen: Deutschland unterzeichnet Vertrag zu Hybridkapital mit der Weltbank

Das BMZ hat sich für eine Reform der Weltbank eingesetzt, um globale, grenzüberschreitende Herausforderungen – wie z.B. Klimawandel und Pandemien – in Zukunft besser zu bewältigen. Dafür hatte Deutschland vor einem Jahr als erster Staat angekündigt, die Weltbank mit sogenanntem Hybridkapital zu unterstützen. Diesen Vertrag über 305 Millionen Euro haben nun auf der HSC Weltbank-Präsident Ajay Banga und Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze unterzeichnet. Mit diesen Mitteln können voraussichtlich mehr als zwei Milliarden Euro an zusätzlichen Krediten an Entwicklungsländer für Investitionen in die nachhaltige Entwicklung und die Krisenbewältigung ausgegeben werden.

Deutschland war durch die frühe Ankündigung Vorreiter und hat weitere Staaten überzeugt, nachzuziehen. Zehn Staaten, darunter Japan, Großbritannien, USA und die Niederlande, sind Deutschlands Beispiel gefolgt und haben bei der Weltbank-Frühjahrstagung Zusagen für

Hybridkapital beziehungsweise Garantien über insgesamt elf Milliarden US-Dollar gemacht. Damit kann die Weltbank in den kommenden zehn Jahren gehebelt bis zu 70 Milliarden US-Dollar zusätzlich für den Einsatz gegen Klimawandel, Pandemien und andere globale Aufgaben einsetzen. Das ist ein starkes Signal an die ärmeren Länder, dass alle – auch die ärmsten – von der Reform der Weltbank profitieren werden.

### Effizientere und engere Zusammenarbeit vereinbart: Weltbank und KfW unterzeichnen Ko-Finanzierungsabkommen

KfW und Weltbank werden enger und vertrauensvoller zusammenarbeiten und damit noch größere Projekte für eine nachhaltige Entwicklung auf den Weg bringen. Dazu unterzeichneten die beiden Entwicklungsbanken auf der HSC ein Ko-Finanzierungsabkommen.

In diesem Abkommen haben sie sich darauf verständigt, sich in der Projektvorbereitung auf einheitliche Standards zu verlassen und bei Projekten arbeitsteilig vorzugehen. Das Abkommen beschleunigt und vereinfacht somit die Zusammenarbeit erheblich und macht Finanzierungen für Partnerländer attraktiver.

Ziel ist es, durch diese Vereinfachung gemeinsam größere Investitionsvolumina für die Bekämpfung von Armut und Klimawandel bereitzustellen .

### Internationale Finanzarchitektur zukunftsfit und fairer machen

In weiten Teilen des Globalen Südens werden Stimmen lauter, das Bretton-Woods-Institutionengefüge zu reformieren, da sich die Staaten des Südens dort nicht hinreichend repräsentiert fühlen. Zu den Bretton-Woods-Institutionen zählt man vor allem den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank. Die Debatte um die Reform der internationalen Finanzarchitektur (IFA) hat sich teilweise verhärtet und im starren Rahmen internationaler Verhandlungen oft nicht produktiv genug. Im informellen Rahmen Brücken zu bauen und gemeinsame Antworten auszuloten, war eines der Anliegen der HSC 2024.

Dabei ging es, zum Teil im geschützten Raum, darum, welche konkreten Ansätze für eine repräsentativere und zugleich effiziente internationale Finanzarchitektur Potenzial für Einigung haben. Die HSC ebnet so den Weg zwischen dem VN-Zukunftsgipfel im September 2024 und der 4. Financing for Development Conference (30.06.-03.07.2025), bei der die Reform der Internationalen Finanzarchitektur auf der Tagesordnung der Vereinten Nationen steht.

Neben diesen institutionellen Fragen wurden bei der HSC zudem weitere Initiativen vorgebracht. Zum Beispiel wurden mit den wichtigsten Ratingagenturen Ansätze diskutiert, wie sie Investitionen in den Klimaschutz in ihre Risikobewertungen einbeziehen können. Denn langfristig werden negative Folgen des Klimawandels mit diesen Investitionen abgewehrt und damit weitere Investitionen sicherer gemacht. Wenn das Rating die Chancen nachhaltiger Investitionen konsequent einbezieht, ist das ein Anreiz für Länder des Globalen

Südens, den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft voranzutreiben. Auch für private Anleger werden Investitionen dann attraktiver.

Die HSC war zudem Ideengeberin für die von Deutschland, Kolumbien, Kenia und Frankreich initiierte „Independent Expert Group on Debt, Nature, and Climate“. Diese entwickelt Empfehlungen, wie die Schuldenfinanzierung in überschuldeten Ländern so gestaltet werden kann, dass sie Klima- und Naturschutz und einer sozial gerechten ökologischen Transformation zugutekommt und zugleich langfristige finanzielle Stabilität in den Ländern des Globalen Südens sicherstellt.